
Postulat Beat Brunner vom 7. Dezember 2006 betreffend Evaluation und Einführung von zusätzlichen Massnahmen zur Verhinderung von Jugendgewalt in Wettingen

Begehren

Es sollen umgehend zusätzliche Massnahmen gesucht und getroffen werden, um der Gewalt unter Jugendlichen entgegenzuwirken. Es sollen der Lehrerschaft und den Schulbehörden Instrumente und Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Gewalt an Schulen zu unterbinden respektive ihr vorzubeugen.

Begründung

Übergriffe auf Gleichaltrige, Tätlichkeiten, Gewaltandrohungen, sexuelle Übergriffe, lebensbedrohliche Attacken auch gegen ältere Menschen nehmen drastisch zu. Die Vorfälle finden in immer kürzeren Abständen statt und werden immer brutaler. Die Gewaltbereitschaft nimmt zu und die Hemmschwellen werden immer kleiner. Auch Wettingen ist nicht vor dieser Entwicklung geschützt. Es darf niemand mehr die Augen davor verschliessen.

Als Vater von vier schulpflichtigen Kindern betrachte ich diese Entwicklung mit Besorgnis. Ich bin mit meinen sorgenvollen Gedanken jedoch nicht allein. Die Vorfälle der vergangenen Wochen erschrecken die Bevölkerung. Schulhäuser, Pausenplätze, Schulwege, Sportanlagen sind Orte, an welchen Gewalt stattfindet oder stattfinden kann.

Die Gründe für die Verrohung der Menschen, insbesondere der Jugendlichen, sind vielschichtig und sehr unterschiedlich. Internet, Mobiltelefone, Fernsehen, Computerspiele u.s.w. tragen sicher viel dazu bei. Die Verantwortung kann von den Eltern häufig nicht wahrgenommen werden. Die Obhut und der Einfluss der Eltern ist bei vielen Jugendlichen nicht oder nur eingeschränkt möglich. Häufig sind sprachliche Grenzen gesetzt und Eltern wissen nicht, was ihre Kinder während der Freizeit tun.

Lehrerschaft, Schul- und Gemeindebehörden sowie Polizei und Justiz müssen sich diesen Herausforderungen stellen. Die Anordnung von Massnahmen und das Verhängen von Strafen bei einem Grossteil der straffälligen Schüler obliegen der Schulpflege. Sie braucht geeignete Mittel und Instrumente, um sinnvoll vorgehen zu können.

Anregung

Im Zusammenhang mit den aktuellen Vorkommnissen sind in den Medien u.a. folgende Massnahmen vorgeschlagen worden:

- Verbot von Mobiltelefonen
- Vermehrte Pausenaufsicht
- Verstärkter Einbezug der Schüler in die Prävention durch Übertragen von Verantwortung
- Entwicklung/Aufbau von "Anti Gewalt Kultur" an Schulen
- Intensivere Kommunikation mit Eltern von problematischen Schülern
- Vernetzung und Informationsaustausch zwischen Polizei und Schulbehörden

Diese oder weitere Vorschläge könnten die bestehenden Massnahmen in geeigneter Weise ergänzen.
